

Überregionaler Pressespiegel 27.01.2012

Freie Presse | 27.02.2012

SPD-Politiker Vogel zu Dresdner Protesten gegen Rechts erwartet

Ex-Bundespolitiker wird der Hauptredner bei einer Kundgebung sein

Dresden (dapd-lsc). Ex-Bundespolitiker Hans-Jochen Vogel (SPD) wird als Hauptredner bei einer für den 18. Februar geplanten Protestkundgebung gegen einen rechtsextremen Aufmarsch in Dresden auftreten. Zudem würden Überlebende der Angriffe auf die im Zweiten Weltkrieg bombardierten Städte Dresden sowie Wielun in Polen sprechen, sagte Frank Richter, Moderator einer Arbeitsgruppe "13. Februar", am Freitag in der sächsischen Landeshauptstadt.

Das parteiübergreifende Gremium bereitet Aktionen vor, mit denen die Stadt Dresden an ihre Zerstörung am 13. Februar 1945 erinnern, sich zugleich aber gegen die Vereinnahmung des Datums durch Rechtsextreme wehren will. Für die Kundgebung und eine anschließende Demonstration in Sicht- und Hörweite eines geplanten rechtsextremen Aufzugs rechnet Richter mit mindestens 10.000 Teilnehmern.

Mit einer Kampagne unter dem provokanten Titel "Krieg' den Arsch hoch" soll in den nächsten Wochen unter anderem in Bussen und Bahnen um rege Beteiligung geworben werden. Für denselben Tag ruft das Bündnis "Dresden nazifrei!" zu Blockaden des rechten Aufzugs auf.

Dieses Mittel unterstütze die Arbeitsgruppe nicht, sagte Richter nach einem Treffen mit Vertretern des Bündnisses in dieser Woche: "Da gibt es einen unüberbrückbaren Gegensatz." Zugleich erklärte er aber, dass sich die von der Stadt einberufene Arbeitsgruppe und das Bündnis, das zur Mitarbeit nicht eingeladen wurde, einig seien in der Ablehnung der rechtsextremistischen Veranstaltungen und der Absage an Gewalt. Richter betonte: "Wir befinden uns in keiner politischen Gegnerschaft."

Ein Jahr nach den gewalttätigen Ausschreitungen am Rande von Protesten gegen Rechtsextreme in Dresden wird es im Februar erneut zahlreiche Kundgebungen in der Landeshauptstadt geben. Angemeldet wurden rechte Aufzüge wie auch Gegendemonstrationen. Neben dem 13. Februar wird auch der 18. Februar davon betroffen sein. Als Anlass für die Aufmärsche dienen den Rechten die alliierten Luftangriffe am 13. Februar 1945, bei denen Dresden stark zerstört wurde. Seit Jahren versuchen Rechtsextreme, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen.
dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/SPD-Politiker-Vogel-zu-Dresdner-Protesten-gegen-Rechts-erwartet-artikel7888793.php>

Junge Welt | 27.01.2012 | Marion Baumann

Unfreier Freistaat

Sachsens Landtag beschließt mit CDU-FDP-Mehrheit neues Versammlungsgesetz. SPD, Linke und Grüne kündigen erneut Verfassungsklage an

Sachsen hat wieder ein eigenes Versammlungsgesetz – zumindest vorläufig. Beschlossen wurde die Vorlage am Mittwoch abend im Landtag mit den Stimmen der CDU-FDP-Koalition. Linke, Grüne und SPD kündigten eine gemeinsame Klage vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof an. Grund ist u.a., daß der Entwurf des neuen Gesetzes bei Sachverständigenanhörungen »nicht besser davonkam als der vorherige«, sagte Klaus Bartl, rechtspolitische Sprecher der Linken, dem MDR. Die Novelle war notwendig geworden, weil das Verfassungsgericht im April 2011 das knapp ein Jahr zuvor beschlossene Vorläufergesetz wegen massiver Formfehler im Gesetzgebungsverfahren für nichtig erklärt hatten (siehe jW vom 19. Januar). Sämtliche 52 Landtagsabgeordneten von SPD, Linken und Grünen hatten dagegen geklagt.

Die Koalition übernahm diesmal wie schon beim letzten Versuch im wesentlichen den Text des Bundesversammlungsgesetzes von 1953. Hinzugefügt wurden einige »Landesspezifika«. Dabei handelt es sich um Verschärfungen. So kann an »historisch herausragenden Orten« das Versammlungsrecht eingeschränkt werden. Innenminister Markus Ulbig (CDU) sagte der Freien Presse (Donnerstagsausgabe) zufolge, »Extremisten« sollten sich an solchen Orten nicht in Szene setzen dürfen.

Während CDU und FDP vorgeben, auf diese Weise die Menschenwürde der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft schützen zu wollen, sieht die Opposition darin eine »Aushöhlung der Versammlungsfreiheit«, wie Johannes Lichdi, Vertreter der Grünen im Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuß, sagt. »Daß nicht ausschließlich der Schutz der Opfer des Nationalsozialismus, Juden, Sinti und Roma, Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen« im Mittelpunkt stehe, hätte z.B. »die Verlegung des Naziaufmarsches 2010 an den Neustädter Bahnhof, den Ort der Deportation der Dresdner Juden«, gezeigt.

Überhaupt scheint der europaweit größte Aufmarsch von Neonazis, der jährlich rund um den 13. Februar in der sächsischen Landeshauptstadt stattfindet, zentral für das Sächsische Versammlungsgesetz zu sein. Im Zuge der Ermittlungen gegen Teilnehmer an Gegendemonstrationen und Blockaden im Jahre 2010 hatte die Dresdner Staatsanwaltschaft anfangs 200 Verdächtige im Visier. Viele der eingeleiteten Verfahren wurden gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt. Martin Dulig, Fraktionschef der SPD im Sächsischen Landtag, beispielsweise zahlte 700 Euro an den Verein »Aktion Zivilcourage« in Pirna.

Die Verfahren gegen Mandatsträger der Linkspartei aus Landtagen und dem Bundestag laufen dagegen weiter. Die Immunität des hessischen Linken-Fraktionschefs Willi van Oyen und der Abgeordneten Janine Wissler wurden durch den Hauptausschuß des hessischen Landtags vorige Woche aufgehoben. Bereits im Oktober 2011 entzog der sächsische Landtag dem Linken-Fraktionschef André Hahn die Immunität. Hahn erhielt inzwischen einen Strafbefehl des Dresdner Amtsgerichts über 3000 Euro. Gegen diesen hat er Widerspruch eingelegt und will es auf einen Prozeß ankommen lassen. Auch die Immunität des Linksfraktionschef in Thüringen, Bodo Ramelow, wurde im Oktober 2011 durch den zuständigen Justizausschuß aufgehoben. Wegen der Blockaden im Februar 2011 sind weitere Ermittlungsverfahren anhängig.

<http://www.jungewelt.de/2012/01-27/037.php>

Wutbürger wollen ihre Ruhe haben

LINKE: Dresdener Behörden behandeln Demonstranten wie Kriminelle

Bei einem Podiumsgespräch in Berlin redeten Politiker der LINKEN über den bevorstehenden Naziaufmarsch.

Tausende Neonazis zogen in den letzten Jahren durch Dresden, um die »Bombennächte« für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Ihrer Propaganda zufolge war die Befreiung vom Faschismus nichts weiter als ein blindwütiger »Bombenkrieg«, dem Unschuldige zum Opfer fielen. Im Februar wollen die Neonazis nun ihr alljährlich aufgeführtes Ritual wiederholen. »Die Dresdener wollen ein stilles Gedenken, sie wollen keine Unruhe, keine Randalen. Sie blenden aus, wer den Krieg angefangen hat. Sie wollen gutbürgerlich ihre Ruhe haben«, meint Andre Hahn, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im sächsischen Landtag, und benennt damit einen Teil des Problems: Gleichgültigkeit. Auch deshalb konnte die Stadt zu einem Ort werden, an dem sich »über mehr als zehn Jahre der größte Aufmarsch von Nazis in Europa etablieren konnte«, wie Hahn vorgestern in Berlin bei der von der LINKEN veranstalteten Podiumsdiskussion sagte. Zwar seien im vergangenen Jahr 4000 Rechtsradikalen beinahe 20 000 Blockierer gegenübergestanden, doch dürfe man sich keinen Illusionen hingeben: »Die Hälfte der Dresdener ist der Meinung, dass es es keine Proteste sollte.« Einig war man sich auf dem Podium darüber, dass die sächsische in den letzten zwei Jahren alles Denkbare getan hat, um antifaschistische Gegendemonstranten als Kriminelle erscheinen zu lassen. Das Bündnis »Dresden nazifrei«, das letztes Jahr mit einer Blockade versuchte, den zu verhindern, ist enormen Repressionen ausgesetzt: Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Telefonüberwachung in großem Stil. Allein vier Landtagspolitiker der LINKEN wurden, wie Hahn betonte, im Jahr 2010 »als Rädelsführer vor gestellt«, Hahn selbst wurde die Immunität aberkannt. Hinzu kommt eine höchst eigenwillig arbeitende Justiz. Der als Redner eingeladene Rechtsanwalt Johannes Eisenberg, der den Pfarrer Lothar König vertritt, sprach von der Manipulation von Beweismitteln, fragwürdigen Zeugen und frei erfundenen Vorwürfen. Sein Mandant werde etwa als etwa als »blutrünstiger Landfriedensbrecher« dargestellt, was mit der Wirklichkeit nichts zu tun habe. Auch die aus Bayern stammende Bundestagsabgeordnete Nicole Gohlke (LINKE) übte Kritik an der Justiz: »Die sächsischen Verhältnisse sind schlimmer als die, die ich aus Bayern kannte.« Eisenberg wies nach, dass die Dresdener Ermittlungsbehörden den juristischen Begriff der »Groben Störung« einer Versammlung verwenden, um Gegendemonstranten zu kriminalisieren: »Der Begriff stammt aus einer ethischen Vorstellungswelt, die noch von Nazi-Juristen geprägt war.« Es werde so getan, »als ob jede Störung eine Straftat darstellt«. Dabei müsse auch das Recht des Gegendemonstranten gewährleistet sein. »Warum muss der Staat den Nazis den Weg freiknüppeln?« Mit einer kritischen Berichterstattung sei auch künftig nicht zu rechnen. »Der MDR wird von vielen nur noch als Staatsfernsehen bezeichnet«, meinte Hahn.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/216773.wutbuenger-wollen-ihre-ruhe-haben.html>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 26.01.2012

Freie Presse | 26.01.2012

Bündnis ruft zu Blockade von Neonazi-Aufmarsch in Dresden auf

Das Bündnis rief insbesondere Christen zur Teilnahme an der Demonstration auf Dresden (dapd-lsc). Ein kirchennahes Bündnis ruft zur Beteiligung an Blockaden gegen geplante Neonazi-Aufmärsche in Dresden auf. Neonazis dürften nicht ungehindert durch Dresden marschieren, heißt es in dem am Donnerstag in Dresden verbreiteten Aufruf. Dem Bündnis gehören bereits mehr als 50 Politiker, Theologen und kirchlich Engagierte an.

Zu den Erstunterzeichnern zählen auch die Bundestagsvizepräsidenten Katrin Göring-Eckhardt (Grüne) und Wolfgang Thierse (SPD) sowie der Hannoveraner Landesbischof Ralf Meister und die Landesbischofin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, Ilse Junkermann.

Das Bündnis rief insbesondere Christen zur Teilnahme auf. Ein Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus erklärte, gewaltfreie Blockaden seien eine Gewissensentscheidung und gehörten zum Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Neonazis mobilisieren für den 13. und 18. Februar wie in den Vorjahren zu Aufmärschen in Dresden. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Buendnis-ruft-zu-Blockade-von-Neonazi-Aufmarsch-in-Dresden-auf-artikel7887778.php>

Leipziger Volkszeitung | 26.01.2012 | 23:01 Uhr

SPD scheitert im Landtag mit Aufruf gegen Rechten-Demo

Dresden. Sachsens SPD ist im Landtag mit einem Aufruf zu friedlichen Protesten gegen die im Februar geplanten Neonazi-Demonstrationen in Dresden gescheitert. CDU und FDP beharrten am Donnerstag darauf, dass sich das Parlament von Blockaden der Demonstrationen distanziert. SPD-Fraktionschef Martin Dulig, Linke und Grüne zeigten sich tief enttäuscht.

Dulig hatte im Vorfeld eindringlich dafür geworben, ein deutliches Signal der Einigkeit auszusenden: „Es muss einen gemeinsamen Kern der Debatte geben, nämlich dass wir gemeinsam den Rechtsextremismus bekämpfen.“

Die SPD-Fraktion zog nach der emotionalen Debatte schließlich ihren Antrag zurück. Zuvor hatte sie mehrfach angeboten, ihren Antrag zu ändern, um CDU und FDP umzustimmen. Nachdem dies scheiterte, warf Dulig der Koalition erregt vor: „Ich glaube ihnen ihr Engagement gegen Rechtsextremismus nicht mehr.“ Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) schwieg trotz Aufforderung der SPD, eine Stellungnahme abzugeben.

Die Diskussion illustrierte einmal mehr den Streit, den es in Sachsen um die Zulässigkeit von Blockaden gibt. Während CDU und FDP Blockaden für unzulässig halten, sehen

Linke, SPD und Grüne diese als legitime Mittel der Gegenwehr. Auf diese Weise hatten tausende Demonstranten in den beiden vergangenen Jahren verhindert, dass Rechtsextremisten am Jahrestag der Zerstörung Dresdens durch die Stadt marschieren konnten. 2011 eskalierte allerdings Gewalt von Links und Rechts, mehr als 100 Polizisten wurden verletzt. dpa

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/spd-scheitert-im-landtag-mit-aufruf-gegen-rechten-demo/r-mitteldeutschland-a-122915.html>
